

Änderungsantrag der Fraktion der FDP**Kahlschlag bei Städtebauförderung verhindern!**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an alle bremischen Bundestagsabgeordneten sich dafür einzusetzen, dass die für 2011 beschlossenen Kürzungen der Städtebauförderungsmittel im Rahmen des Haushaltsgesetzgebungsverfahrens möglichst vollständig rückgängig gemacht werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene gegen die geplante Kürzung der Städtebauförderungsmittel und für eine Verstetigung dieser Mittel möglichst auf aktueller Höhe des Jahres 2010. Die Erfordernisse der notwendigen Haushaltskonsolidierung dürfen dabei jedoch nicht aus den Augen verloren werden.
3. Der Konsolidierungszwang erfordert einen verantwortlichen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Fördermitteln und birgt die große Chance, jetzt klare Prioritäten für Planungssicherheit, Flexibilität und Effizianzanreize in der Städtebauförderung zu setzen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis Ende 2010 eine Konzeption für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln für einen Zeitraum bis einschließlich 2020 vorzulegen. Diese hat sich zu orientieren an der Grundidee dieses Förderinstrumentariums, die Konsolidierung und Stärkung der festgelegten Sanierungsgebiete.
4. Im Falle einer tatsächlichen Halbierung der Bundesmittel fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, die auf den Kürzungsbetrag entfallenden Komplementärmittel (Landes- und kommunale Mittel) im Jahre 2011 auf dem Niveau des Jahres 2010 weiterhin für Städtebauförderungsmaßnahmen einzusetzen.

Begründung

Angesichts des demografischen und wirtschaftlichen Wandels steht Bremen vor großen Herausforderungen. Die Unterschiede zwischen bevorzugten und benachteiligten Stadtteilen in den Städten Bremen und Bremerhaven werden sich ohne städtebauliche Förderungsmaßnahmen weiter vergrößern.

Die höhere Dichte sozialer Problemlagen führt auf derzeit relativ entspannten Wohnungsmärkten zu mehr selektiven Umzügen als dies auf Wohnungsmärkten mit eingeschränkten Optionen für die Wohnungsstandortwahl der Fall ist.

Fördermittel lösen im hohen Maße weitere Investitionen in beachtlicher Höhe aus. Sie sichern in Bremen und Bremerhaven Arbeitsplätze, insbesondere im mittelständischen Bau- und Ausbaugewerbe. Die Städtebauförderung leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklungspolitik. Deshalb sind trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung auch künftig Einschnitte in der Städtebauförderung so weit wie möglich zu vermeiden.

Es ist allerdings wichtiger denn je, die Förderung auf die wesentlichen und notwendigen Schwerpunkte zu konzentrieren. Ein Gießkannenprinzip darf es nicht geben. Wobei die Fortführung bereits bewilligter Projekte bis zu ihrem erfolgreichen Abschluss gesichert sein muss und zwar ohne unzumutbare zeitliche Streckungen, die die Projekte unnötig verteuern würden.

Gerade richtig eingesetzte Städtebauförderungsmittel führen in der Regel in den festgelegten Sanierungsgebieten zu erheblichen Folgeinvestitionen in die oft ältere Bausubstanz. Das verbessert unsere Energiebilanz und schont Ressourcen.

Bernd Richter,
Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP